

Pressemitteilung

Kinder und Eltern leiden - Streik ist keine Lösung

Kommunen fordern Gewerkschaften zu realistischen Tarifverhandlungen auf

„Der Tarifkonflikt im Sozial- und Erziehungsdienst darf nicht weiter auf dem Rücken von Kindern und Eltern ausgetragen werden. Der richtige Ort hierfür ist der Verhandlungstisch“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages, Prof. Dr. Hubert Meyer, heute für die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände in Hannover. Der Arbeitsgemeinschaft gehören der Niedersächsische Städtetag (NST), der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) und der Niedersächsische Landkreistag (NLT) an. Die drei Spitzenverbände repräsentieren alle niedersächsischen Kommunen.

„Wir erkennen ausdrücklich die derzeit schon ausgezeichnete Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindertagesstätten an, indem wir gerade in diesem Bereich bereits heute durchaus angemessene Gehälter zahlen. Allerdings fordern die Gewerkschaften pauschal höhere Eingruppierungen – dies würde zu Gehaltssteigerungen von teilweise mehr als 20 Prozent führen. Eine komplette Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen würde daneben zu grundlegenden Strukturänderungen im Gehaltsgefüge der Kommunen führen und damit weitreichende Auswirkungen haben“, sagte der Präsident des NSGB, Dr. Marco Trips.

Die Monatsgehälter von Erzieher/innen liegen in kommunalen Kitas zwischen 2.590 und 3.750 Euro – je nach Tätigkeit und Berufserfahrung. Kita-Leitungen erhalten bis zu 4.750 Euro brutto. Zusätzlich zum Monatsgehalt erhalten die Beschäftigten eine Jahressonderzahlung, das Leistungsentgelt, die betriebliche Altersversorgung des öffentlichen Dienstes sowie eventuell Zulagen/Zuschläge. Eine pauschale Erhöhung der Gehälter gab es zuletzt durch den Tarifabschluss von 2014 mit einem Plus von 5,4 Prozent. Die letzte Erhöhung trat erst vor zwei Monaten in Kraft: 2,4 Prozent mehr Gehalt seit März 2015.

„Die kommunalen Arbeitgeberverbände sind bereit, über realistische Forderungen zu verhandeln. Die Kommunen, die derzeit schon den überwiegenden Teil der Kosten tragen, müssen sich die Kindererziehung auch in Zukunft noch leisten können. Letzten Endes müssen die Eltern, die

zum großen Teil längst nicht so viel wie die Erzieherinnen und Erzieher verdienen, über die Elternbeiträge die Gehälter auch mit bezahlen“, erläuterte Heiger Scholz, Hauptgeschäftsführer des NST.

28. Mai 2015

Pressesprecher des NSGB: Thorsten Bullerdiek, Mobil: 0175-186 42 42

Ansprechpartner: Berthold Ernst: Tel. 0511-30285-47